



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 23.06.2016 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Felix Thier
Herr Detlef Klucke
Herr Thomas Czesky
Frau Carola Hartfelder

Sachkundige Einwohner

Frau Ursula Biesecke
Frau Ulrike Schwenter

Verwaltung

Herr Karsten Dornquast, Dezernent I
Frau Kirsten Gurske, Beigeordnete u. Dezernentin II
Herr Manfred Janusch, Leiter OSZ bis 17.30 Uhr
Herr Matthias Fröhlich, SGL Schulverwaltung
Frau Margitta Wünsche, SB Kultur
Frau Birgit Kaminski, Fachkoordinatorin Sportmanagement

Gäste

Ireen Beyer, Fontane-Gymnasium Rangsdorf. Sprecherin Kreisschülerrat
Juliane Blank, Kopernikus-Gymnasium Blankenfelde, Mitglied Kreisschülerrat

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Lutz Lehmann
Herr Andreas Noack
Frau Gabriele Schröder
Frau Mandy Werner

Sachkundige Einwohner

Frau Marita Marufke
Frau Nicole Moskal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.05.2016
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Vorstellung des Kreisschülerrates Teltow-Fläming
- 7 Grundlagen der Schulentwicklungsplanung
- 8 Beschlussvorlagen
- 8.1 Integrationskonzept des Landkreises Teltow-Fläming – Entwurf 5-2669/16-II
- 8.2 Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS
Potsdam für das 2. Halbjahr 2016 5-2773/16-I
- 8.3 Kulturförderung 2016 5-2806/16-I
- 9 Informationsvorlagen
- 9.1 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) - Fortschreibung des
Datenblattes mit Auflistung der Einzelmaßnahmen zum
Zuwendungsbescheid vom 21.12.2015 5-2817/16-I

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau von Schrötter eröffnet die 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt die frist- und formgerechte Zusendung der Unterlagen fest.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.05.2016

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt somit als angenommen.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dornquast informiert über zwei Sachverhalte. Zum einen über die Konzeption und die Beschlusslage des Kreistages zur Teilnahme des Landkreises am Programm „Kommunale Bildungskoordination und Bildungsangebote für Neuzugewanderte“. Er erklärt, der Kreistag beauftragte die Kreisverwaltung, die entsprechende Konzipierung und Antragstellung vorzunehmen. Er berichtet darüber, dass pünktlich zum 01.06.2016 der Antrag der Kreisverwaltung an den Projektträger ging und zwischenzeitlich Mitarbeiter aus dem Haus an einer zweitägigen Fortbildung der Transfergesellschaft der Kobranet teilgenommen haben. In ca. drei Monaten wird die Entscheidung getroffen sein, ob der Antrag des Landkreises TF berücksichtigt wurde. Zurzeit wird für eine durch die Fördermittel in Aussicht gestellte Stelle das entsprechende Aufgabenprofil vorbereitet. Die Anbindung dieser zusätzlichen, zu 100 % fremdfinanzierten Stelle, wird im Bereich des Dezernates I erfolgen. Das vorgesehene Programm ist zunächst bis zum 30.09.2018 befristet.

Weiter informiert Herr Dornquast, dass die langjährige Geschäftsführerin des Kreissportbundes, Frau Pawlack, in den Ruhestand geht und am 29.06.2016 verabschiedet wird. Ab 01.07.2016 ist neuer Geschäftsführer des Kreissportbundes Herr Timo Klischan, neuer Mitarbeiter der Kreissportjugend Herr Nico Tennigkeit. Beide werden sich im Ausschuss nach der Sommerpause vorstellen.

Frau von Schrötter erteilt Herrn Janusch, dem Leiter des OSZ das Wort. Er wird zur Vorbereitung der Beschulung der jugendlichen Flüchtlinge im nächsten Schuljahr durch das OSZ informieren.

Herr Janusch erklärt, Grundlage für die Ausbildung der Jugendlichen ist die vor kurzem in Kraft getretene Berufsfachschulgrundbildungsordnung, erschienen im Amtsblatt des Ministeriums Nr. 7 vom 18. März 2016. Dort ist festgelegt, wie die Beschulung ab Sommer 2016 zu erfolgen hat. Er berichtet, seit Mitte April gibt es am OSZ vier Klassen im Vorbereitungskurs. Die vorliegenden Rückmeldungen sind positiv. Kurzfristig konnten vier Lehrkräfte eingestellt werden. Nach der Eingliederungsverordnung gibt es eine Stundentafel, die entsprechend abgesichert wird, wobei der Deutschunterricht vorrangig ist. Ab dem neuen

Schuljahr greift diese neue Verordnung. Diese besagt, dass alle Jugendlichen, die nach dem 31.07.2016 18 Jahre werden, in die Klassen des zweijährigen Bildungsganges „Berufsgrundbildung Plus“ kommen. In diesem Bereich werden ca. acht – neun Lehrkräfte arbeiten. Er sieht das Problem, dass viele Schülerinnen/Schüler die zwei Jahre nicht durchhalten werden. Der max. Abschluss ist die erweiterte Berufsbildungsreife, die keine Möglichkeit bietet, ein Studium aufzunehmen bzw. einen höheren Bildungsgang anzustreben. Eine normale Ausbildung ist möglich. Er meint, wenn die Jugendlichen die deutsche Sprache erlernen, finden sie auch ohne Berufsabschluss einen Arbeitgeber.

Er erklärt, das OSZ ist gut vorbereitet. Zu klären ist noch die Übernahme der Kosten zur Bereitstellung von Unterrichtsmitteln. Er findet es auch wichtig zu wissen, welche Pflichten der Träger hat und wie er ausgestattet ist.

Die zukünftigen Schülerzahlen sind noch nicht bekannt. Zurzeit gibt es zwei Klassen in Ludwigfelde sowie Luckenwalde.

Abschließend teilt Herr Janusch mit, das Ministerium hat auch für das nächste Jahr vorerst für die vier Klassen die Genehmigung erteilt, sodass auch die Stellen befristet bereitgestellt sind.

Frau Hartfelder wünscht einen regelmäßigen Bericht über die Entwicklung.

Auf Nachfrage von Herrn Czesky teilt Herr Janusch mit, dass am OSZ insgesamt ca. 1500 Schüler/Schülerinnen lernen, die aber an unterschiedlichen Tagen vor Ort sind. Das Zusammenleben gestaltet sich unproblematisch. Die Schüler/Schülerinnen haben eine Willkommensveranstaltung durchgeführt.

Herr Thier bezieht sich auf die Aussage von Herrn Janusch, dass es mit einigen Trägern Probleme mit, Er bittet, diese Probleme nach Aufarbeitung durch die Verwaltung auch den KT-Mitgliedern zur Kenntnis zu geben, da diese über die Vergaben entscheiden.

Frau von Schrötter fragt, ob beim „Berufsbildungsgang Plus“ zwischen alphabetisierten und nicht alphabetisierten Schülern und Schülerinnen unterschieden wird und ob es eine Zugangsvoraussetzung in die Berufsbildungsklasse gibt.

Herr Janusch antwortet, es wird davon ausgegangen, dass alle Schülerinnen und Schüler, bevor sie das OSZ besuchen, einen Alphabetisierungskurs besucht haben. Zum Umgang mit diesen Schülerinnen und Schülern in der entsprechenden Altersgruppe wird bis zum Sommer eine Entscheidung getroffen sein. Zurzeit ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler zwischen 16 und 18 Jahren nicht bekannt. Auch ist der Umgang mit den Jugendlichen, die 18 Jahre sind, noch offen. Es besteht auch das Problem, sollte die Anzahl der Schülerinnen und Schüler zunehmen, dass die Kapazitätsgrenze am OSZ erreicht ist und somit nicht genügend Räume zur Verfügung stehen.

Auf die Frage von Frau von Schrötter, ob nicht alphabetisierte Jugendliche kein Bildungsangebot bekommen, weist er auf das Grundrecht auf Bildung hin. Er erläutert, es wird über die Form dieses abzusichern, nachgedacht. Er vermutet, es wird Aufgabe des OSZ werden. Als einzige Alternative sieht er die Tageskurse an der VHS.

Frau von Schrötter bedankt sich bei Herrn Janusch für die Ausführungen.

TOP 6

Vorstellung des Kreisschülerrates Teltow-Fläming

Juliane Blank vom Kopernikus-Gymnasium Blankenfelde sowie Ireen Beyer, Fontane-Gymnasium Rangsdorf, stellen sich als Vertreter des Kreisschülerrates vor.

Ireen Beyer, Sprecherin des Kreisschülerrates Teltow-Fläming berichtet, die Teilnahme ist damit begründet, diesen Ausschuss kennenzulernen und für Fragen zur Verfügung zu stehen. Sie führt weiter aus, zurzeit sind neun Schulen vom Kreisschülerrat akquiriert worden, von denen auch Vertreter an den Sitzungen teilnehmen. Beabsichtigt ist auch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Kreisschulbeirat. Sie selbst ist Mitglied des Landesschülerrates.

Herr Thier, Initiator der heutigen Vorstellung des Kreisschülerrates, bedankt sich für die Vorstellung. Er freut sich über das Einbringen des Kreisschülerrates. Er meint, das Gremium ist interessiert zu erfahren, welche Probleme es aus Sicht des Kreisschülerrates gibt und wo Hilfe benötigt wird. Er schlägt regelmäßige Berichte durch den Kreisschülerrat im Ausschuss vor.

Frau von Schrötter ergänzt, es gibt auch einen Kreiselternrat sowie einen Kreislehrerrat. Beabsichtigt ist ein eigener Tagesordnungspunkt, bei dem aber alle Gremien berücksichtigt werden müssen. Sie erklärt, es handelt sich um den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport. Bei der Bildung ist der Ausschuss nicht zuständig für die Inhalte, sondern nur für die Schulausstattung, für die Liegenschaften und die Betriebsfähigkeit einer Schule. Sie hält eine Themenabstimmung vor Ausschusssitzungen für sinnvoll.

Zur Information für die anwesenden Mitglieder des Kreisschülerrates stellen sich die anwesenden Mitglieder des Ausschusses vor.

Frau Schwenter nahm an der letzten Sitzung des Kreisschülerrates teil. Sie berichtet, es gibt eine Grundsatzklärung, die der Kreisschülerrat in Zusammenarbeit mit dem Landesschülerrat erarbeitet hat. Sie schlägt vor, diese dem Gremium zur Verfügung zu stellen.

Ireen Beyer antwortet, diese Grundsatzklärung befindet sich noch in der Überarbeitungsphase. Aktuell gibt es noch keine Fassung, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Herr Dornquast begrüßt den Vorschlag von Herrn Thier, zu einem oder zwei festgesetzten Terminen im Jahr Vertreter der Gremien einzuladen. Er weist auch darauf hin, dass Frau Schwenter, Vorsitzende des Kreisschulbeirates, als sachkundige Einwohnerin diesem Ausschuss angehört.

Frau von Schrötter dankt beiden Vertreterinnen des Kreisschülerbeirats für die Vorstellung.

TOP 7

Grundlagen der Schulentwicklungsplanung

Herr Dornquast erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) die umfangreiche Vorbereitung der Schulentwicklungsplanung im 2. Halbjahr 2016 sowie im 1. Halbjahr 2017 für den Zeitraum 2017 – 2022. Dabei arbeitet die Verwaltung mit vielen Gremien und Kommunen zusammen. Das Ziel ist, die Vorlage über die Beteiligung des Fachausschusses vom Kreistag beschließen zu lassen. Er teilt weiter mit, dass er im Kreisschulbeirat einen ähnlichen Vortrag hielt, auch sind die Gremien informiert. Grundlage ist das Brandenburgische Schulgesetz. Der Landkreis sowie auch die kreisfreien Städte sind für ihr jeweiliges Territorium für die Schulentwicklungsplanung verantwortlich. Unabhängig davon können Kommunen und große Städte ebenfalls eine Schulentwicklungsplanung durchführen. Letztendlich müssen die Planungen in der kreislichen Schulentwicklungsplanung

zusammengeführt werden, die für fünf Jahre vorzubereiten und zu beschließen ist. In der Schulentwicklungsplanung sind über die aktuelle Schulstruktur, die aktuellen Schulangebote, die vorhandenen Bildungsgänge und vor allem auch über die demografische Entwicklung Aussagen für fünf Jahre zu treffen.

Weiter führt er aus, beim Schüleraufkommen ist negativ zu verzeichnen, dass die amtliche, von den Schulämtern bereitgestellte Schulstatistik nicht ganz den Anforderungen entspricht. Die vorhandene Datenlage im Schulamt ist besser als das zur Verfügung gestellte Material. Abschließend erklärt er, dieses Thema wird in der nächsten Dezernentenrunde im Bildungsministerium erörtert. Ebenfalls wird der Entwurf eines Konzeptes der Landesregierung zu Schulzentren diskutiert.

TOP 8

Beschlussvorlagen

TOP 8.1

Integrationskonzept des Landkreises Teltow-Fläming - Entwurf (5-2669/16-II)

Frau Gurske erläutert, die Verwaltung hat die Änderungsvorschläge der Ausschüsse in einer tabellarischen Informationsvorlage für den Kreistag zusammengestellt, sodass die Änderungsvorschläge dokumentiert sind. Das Ziel, das Konzept vom Kreistag im Oktober beschließen zu lassen, schätzt sie als schwierig erreichbar ein, insbesondere auch weil sich im Asylbewerberbereich in den letzten Wochen und Monaten sehr viele Gesetze und Verordnungen geändert haben. Sie erklärt, daher würde sie gern ein Meinungsbild aus dem Ausschuss für die weitere Diskussion mitnehmen. In der Informationsvorlage wurde das Angebot formuliert, dass die Verwaltung schriftliche Änderungsanregungen bis zum 19.09.2016 entgegennimmt. Es war auch ihr Wunsch, dass der Sozialausschuss als federführender Ausschuss am 10.10.2016 noch einmal abschließend über die einzubringenden Änderungen und somit über das geänderte Integrationskonzept vor dem Kreistag darüber befindet. Sie schlägt eine Teilnahme der Vorsitzenden des Bildungsausschusses sowie auch interessierter Mitglieder an der Sitzung des Sozialausschusses am 10.10.2016 vor, um sich über diesen Weg einzubringen.

Frau von Schrötter teilt mit, dass die SPD-Fraktion erst am 04.07.2016 beraten wird und fragt nach dem Stand der anderen Fraktionen.

Herr Thier berichtet, von der Fraktion DIE LINKE gibt es eine positive Einstellung zum Konzept. Auch Herr Czesky sowie Herr Klucke berichten von der Zustimmung ihrer jeweiligen Fraktion. Sollte es Änderungswünsche geben, werden diese zugeleitet.

Frau Hartfelder erklärt, die Sitzung ihrer Fraktion findet heute statt. Sie kennt noch keine Prognose, welche Kosten auf den Landkreis aufgrund dieses Integrationskonzeptes zukommen. Zu klären ist, welche Maßnahmen trägt der Landkreis und was sind Landes- bzw. Bundesaufgaben. Auch erinnert sie an ihren Antrag zur Aufnahme eines Passus, der den Integrationswillen der Asylsuchenden und Flüchtlinge festschreibt.

Frau Gurske teilt mit, bis auf die im Konzept als Bundesmittel ausgewiesenen Projekte sind die Leistungen, die seitens der Kreisverwaltung angeboten werden, pflichtige Leistungen. Der Landkreis wird im Anhang des Integrationskonzeptes gemeinsam mit den Gemeinden einen

Maßnahmenkatalog anfügen, der auch Angebote vor Ort enthält, die der Kreis nicht unmittelbar unterstützt.

Frau von Schrötter beurteilt das Konzept als „ausgesprochen gut“. Sie dankt allen Ämtern, die zugearbeitet haben. Sie fragt, ob dieses Konzept im Landesaufnahmegesetz steht. Das wäre der Grundbaustein des Landkreises für eine Refinanzierung.

Frau Gurske erläutert, das Landesaufnahmegesetz legt fest, dass die Personalerstattung in den Übergangseinrichtungen voraussetzt, dass es für die Übergangseinrichtungen ein Konzept für migrationsspezifische Beratungen und migrationsspezifische Arbeit gibt. Dazu wird die Kreisverwaltung mit den im Landkreis tätigen Trägern und den vor Ort aktiven Sozialarbeitern beraten. Mit der neuen Erstattungsverordnung wird eine inhaltliche Untersetzung der Sozialarbeit abgefordert.

Frau von Schrötter beendet diesen TOP. Sie erklärt, aus Sicht dieses Ausschusses ist die Vorlage noch in Arbeit und wird evtl. noch durch wenige Anmerkungen ergänzt werden.

TOP 8.2

Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS Potsdam für das 2. Halbjahr 2016 (5-2773/16-I)

Herr Dornquast erläutert, diese Vorlage beinhaltet Anträge aus allen förderfähigen Bereichen. Sie wurden durch die Fachämter für die jeweils zuständigen Bereiche geprüft. Die Fördersumme war etwas überzeichnet. Die Verwaltung hat aufgrund der separaten Förderrichtlinie, die z. B. die Bereiche Kultur, Sport sowie Denkmalpflege beinhaltet, einen Abgleich vorgenommen, sodass die Liste weitestgehend alle Anträge berücksichtigt. Zurzeit besteht noch die Parallelität verschiedener Förderrichtlinien, wodurch sich manchmal auch die interne Abstimmung verkompliziert.

Auf Wunsch von Herrn Thier begründet Herr Dornquast die Ablehnungen.

Frau Hartfelder ist mit dem gesamten Verfahren nicht zufrieden. Sie meint, durch die mehrmalige Vergabe im Jahr wird das Verfahren unübersichtlich. Sie bittet die Verwaltung um eine übersichtlichere Gestaltung. Sie möchte an der Vorlage nichts ändern, da für die zutreffenden Bereiche die Richtlinie vorliegt, auch vertraut sie den Vorschlägen der Verwaltung.

Frau Gurske informiert, dass die Verwaltung zurzeit die Neufassung der Richtlinie erarbeitet. Die jetzigen Förderrichtlinien werden aufgelöst und als Fördertatbestand und Anlage in der zukünftigen Richtlinie geführt. Es wird zukünftig nur einen Stichtag für die Antragstellung geben.

Frau von Schrötter fragt, warum so viele in Privatbesitz befindliche Denkmäler gefördert werden. Ihrer Meinung nach ist der Ansatz für die Denkmalpflege überschritten. Weiter fragt sie, ob alle gestellten Anträge in der Liste enthalten sind und ob Anträge aufgrund von nicht vorhandenen Mitteln nicht in die Liste aufgenommen wurden.

Frau Gurske erklärt, die Förderrichtlinie ist mit den entsprechenden Summen ausgestattet. Diese hat die Verwaltung entsprechend der Richtlinienatbestände ausgeschöpft. Jede Initiative, jeder Bürger, jeder Verein hatte die Möglichkeit, über die diesbezügliche Internetseite das Formular herunterzuladen und einen Antrag zu stellen. Die Anträge werden inhaltlich einem bestimmten Bereich zugeordnet, daher liegen für Kirchen usw. mehr Anträge vor. Die

bestehende Förderrichtlinie lässt auch Privatpersonen zu. Nächstes Jahr ist geplant, stärker die Bereiche „Soziales und Jugend“ zu fördern.

Frau von Schrötter meint, man kann eine Richtlinie nicht danach ausrichten, wo es die meisten qualifizierten Anträge gibt. Bei den sozialen Trägern, z. B. Jugendarbeit, sind es oftmals Privatpersonen, die von Anträgen erst einmal Abstand nehmen. Sie regt an, die Kriterien genau zu prüfen. Sie kritisiert, dass nur 7.000 Euro für Jugendarbeit, aber 65.000 Euro für die Denkmalpflege bereitgestellt wurden.

Weiter bittet sie um Information über den Verwendungszweck der 11.000 EUR zum „Tag der offenen Tür“ der Volkshochschule.

Herr Dornquast erklärt, es handelt sich um ein Veranstaltungswochenende, das im Kontext zu den 800-Jahr-Feierlichkeiten mit unterschiedlichen Maßnahmen in Luckenwalde stattfindet. Am Standort der VHS in der Dessauer Straße ist ein breit gefächertes Programm mit diversen Dozenten vorgesehen, das aus dem Haushalt des Landkreises nicht durchführbar wäre.

Frau von Schrötter stellt keine weiteren Fragen fest und bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Vergabe von Zuschüssen in Höhe von 208.355,20 EUR aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS) in Potsdam für das 2. Halbjahr 2016 für die in der Vorlage aufgeführten Projekte zu beschließen.

Ja-Stimmen: 4

Enthaltungen: 1

TOP 8.3

Kulturförderung 2016 (5-2806/16-I)

Herr Dornquast erläutert, der Budgetanteil für den Kulturbereich ist noch nicht ausgeschöpft. Die derzeit noch gültige Förderrichtlinie sieht vor, dass nach Antragsschluss eingereichte Anträge noch Berücksichtigung finden können. Den vorliegenden Einzelantrag kann im Detail Frau Wünsche erläutern.

Frau Hartfelder hält den Antrag des Fördervereins Dorfkirche Mellnsdorf e. V. für voll förderfähig. Nach ihrem Verständnis sollten durch die Fördermittel Fremdmittel akquiriert werden, was sie bei diesem Antrag erkennen kann.

Frau von Schrötter stellt keine Nachfragen fest und bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln der MBS-Ausschüttung für das kulturelle Projekt „Sommerkonzert 2016 zur weiteren Sanierung der Dorfkirche“.

Ja-Stimmen: 5 (einstimmig)

TOP 9

Informationsvorlagen

TOP 9.1

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) - Fortschreibung des Datenblattes mit Auflistung der Einzelmaßnahmen zum Zuwendungsbescheid vom 21.12.2015 (5-2817/16-I)

Herr Dornquast erläutert, dass Kommunalinvestitionsförderungsgesetz ist recht umfangreich und komplex. Entsprechend der Förderrichtlinie erhielt der Landkreis in einem 1. Bescheid pauschal ca. 6,5 Mill. EUR. Die konkreten Einzelmaßnahmen wurden bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg eingereicht. Seitens der ILB gab es Änderungsvorschläge. Die Maßnahmenliste wurde gekürzt, die Projekte dafür größer. Es wurde mitgeteilt, dass nicht nur die energetische Sanierung von Einrichtungen der Schulinfrastruktur für den Landkreis förderfähig ist, sondern auch Maßnahmen im Rahmen der Infrastruktur, die an städtebauliche Entwicklungskonzepte gebunden sind. Insofern konzentriert sich die Verwaltung zum einen auf die Maßnahmen am Gymnasium Jüterbog. Das Gymnasium besteht aus zwei denkmalgeschützten Schulgebäuden, die nach Erfordernissen des Denkmalschutzes gesichert, instandgesetzt und modernisiert werden.

Als zweiten Schwerpunkt nennt Herr Dornquast das Gymnasium Ludwigsfelde. Das Gymnasium liegt im Geltungsbereich eines förmlich festgelegten Sanierungsgebietes. Somit sind Einzelvorhaben förderfähig. Geplant ist u. a. die Sanierung des Dachgeschosses einschließlich Einbau einer Aula

Er informiert weiter, über das dritte große Projekt, die räumliche Erweiterung der Kapazitäten am Gymnasium Rangsdorf, wurde schon mehrfach informiert. Es ist bekannt, dass entsprechend der dort vorhandenen Schüleranzahl die Fläche nicht ausreichend ist. Die geplante Erweiterung entspricht den Raumempfehlungen des MBS.

Er teilt weiter mit, bis auf das Projekt Gymnasium Rangsdorf sind die anderen Projekte schon genehmigt und die Verwaltung erwartet in den nächsten Wochen die Zuwendungsbescheide. Der Durchführungszeitraum ist sehr eng, da die Gesamtförderung seitens der Richtlinie nur bis zum Ende 2018 vorgesehen ist.

Abschließend erklärt Herr Dornquast, er wird in allen Gremien über aktuelle Entwicklungen berichten. Die Haupttendenz ist so, dass von vielen kleinen Einzelmaßnahmen zu großen Projekten übergegangen wurde. Somit lässt sich das Fördervolumen von 6,5 Mill. EUR darstellen. Die Darstellung der Eigenanteile mit der Haushaltsplanung 2017/18 wird eine Herausforderung, die gemeinsam mit dem Kämmerer zu klären ist.

Frau von Schrötter beendet die Sitzung des Ausschusses.

Luckenwalde, d. 11.07.2016

gez. Ria von Schrötter
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin

